

Inhaltsverzeichnis

Die Autoren des Kommentars	V
Im Einzelnen haben bearbeitet	VII
Vorwort zur 2. Auflage	IX
Vorwort zur 1. Auflage	X
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXVII

Einführung	1
------------------	---

A. Gesetz über die Bundespolizei (Bundespolizeigesetz – BPolG)

Abschnitt 1. Aufgaben und Verwendungen

Vorbemerkungen	15
§ 1 Allgemeines	15
§ 2 Grenzschutz	24
§ 3 Bahnpolizei	33
§ 4 Luftsicherheit	39
§ 4a Sicherheitsmaßnahmen an Bord von Luftfahrzeugen	47
§ 5 Schutz von Bundesorganen	54
§ 6 Aufgaben auf See	60
§ 7 Aufgaben im Notstands- und Verteidigungsfall	75
§ 8 Verwendung im Ausland	85
§ 9 Verwendung zur Unterstützung anderer Bundesbehörden	99
§ 10 Verwendung zur Unterstützung des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf dem Gebiet der Funktechnik	106
§ 11 Verwendung zur Unterstützung eines Landes	112
§ 12 Verfolgung von Straftaten	123
§ 13 Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	132

Abschnitt 2. Befugnisse

Unterabschnitt 1. Allgemeine Befugnisse und allgemeine Vorschriften

§ 14 Allgemeine Befugnisse	137
§ 15 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	146
§ 16 Ermessen, Wahl der Mittel	148
§ 17 Verantwortlichkeit für das Verhalten von Personen	149
§ 18 Verantwortlichkeit für das Verhalten von Tieren oder den Zustand von Sachen	159
§ 19 Unmittelbare Ausführung einer Maßnahme	166
§ 20 Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen	170

Unterabschnitt 2. Besondere Befugnisse

Teil 1. Datenerhebung	174
§ 21 Erhebung personenbezogener Daten	174
§ 22 Befragung und Auskunftspflicht	178
§ 22a Erhebung von Telekommunikationsdaten	185
§ 23 Identitätsfeststellung und Prüfung von Berechtigungsscheinen	189
§ 24 Erkennungsdienstliche Maßnahmen	199
§ 25 Vorladung	205
§ 26 Datenerhebung bei öffentlichen Veranstaltungen oder Ansammlungen	210
§ 27 Selbsttätige Bildaufnahme- und Bildaufzeichnungsgeräte	217
§ 27a Mobile Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte	220
§ 27b Anlassbezogene automatische Kennzeichenerfassung	225
§ 27c Gesprächsaufzeichnung	228
§ 28 Besondere Mittel der Datenerhebung	232
§ 28a Einsatz technischer Mittel zur Eigensicherung	245

Teil 2. Datenverarbeitung und Datennutzung	247
§ 29 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten	247
§ 30 Ausschreibung zur Fahndung	261
§ 31 Ausschreibung zur grenzpolizeilichen Beobachtung	266
§ 31a Übermittlung von Fluggastdaten	272
§ 32 Übermittlung personenbezogener Daten	276
§ 32a Übermittlung personenbezogener Daten an Mitgliedstaaten der Europäischen Union	281
§ 33 Ergänzende Regelungen für die Übermittlung	285
§ 33a Verwendung von nach dem Rahmenbeschluss 2006/960/JI des Rates übermittelten Daten	292
§ 34 Abgleich personenbezogener Daten	293
§ 35 Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten	296
§ 36 Errichtungsanordnung	302
§ 37 Geltung des Bundesdatenschutzgesetzes	305
Teil 3. Platzverweisung, Gewahrsam, Durchsuchung	305
§ 38 Platzverweisung	305
§ 39 Gewahrsam	309
§ 40 Richterliche Entscheidung	313
§ 41 Behandlung festgehaltener Personen	316
§ 42 Dauer der Freiheitsentziehung	318
§ 43 Durchsuchung von Personen	320
§ 44 Durchsuchung von Sachen	324
§ 45 Betreten und Durchsuchung von Wohnungen	327
§ 46 Verfahren bei der Durchsuchung von Wohnungen	333
Teil 4. Ergänzende Vorschriften	336
§ 47 Sicherstellung	336
§ 48 Verwahrung	340
§ 49 Verwertung, Vernichtung	341
§ 50 Herausgabe sichergestellter Sachen oder des Erlöses, Kosten	344

Abschnitt 3. Schadensausgleich

Vorbemerkungen	346
§ 51 Zum Ausgleich verpflichtende Tatbestände	346
§ 52 Inhalt, Art und Umfang des Ausgleichs	351
§ 53 Ausgleich im Todesfall	355
§ 54 Verjährung des Ausgleichsanspruchs	357
§ 55 Ausgleichspflichtiger, Ersatzansprüche	358
§ 56 Rechtsweg	360

Abschnitt 4. Organisation und Zuständigkeiten

§ 57 Bundespolizeibehörden	361
§ 58 Sachliche und örtliche Zuständigkeit	364
§ 59 Verbandspolizeiliche Aufgabenwahrnehmung	367
§ 60 Einsatz von Hubschraubern	368
§ 61 Grenzübergangsstellen, Grenzerlaubnis	369
§ 62 Unterstützungspflichten	372
§ 63 Vollzugsdienst, Hilfspolizeibeamte	377
§ 64 Amtshandlungen von Polizeivollzugsbeamten der Länder sowie von Vollzugsbeamten anderer Bundesbehörden oder anderer Staaten im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei	379
§ 65 Amtshandlungen von Beamten der Bundespolizei im Zuständigkeitsbereich eines Landes oder Tätigkeiten in anderen Staaten	383
§ 66 Amtshandlungen von Beamten der Zollverwaltung im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei	387
§ 67 Amtshandlungen von Beamten der Bundespolizei im Zuständigkeitsbereich der Zollverwaltung	388
§ 68 Wahrnehmung von Aufgaben durch die Zollverwaltung	389

Abschnitt 5. Schlußbestimmungen

§ 69	Verwaltungsvorschriften	390
§ 69a	Bußgeldvorschriften	390
§ 70	Einschränkung von Grundrechten	392

B. Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten (Bundeskriminalamtgesetz – BKAG)

Abschnitt 1. Zentrale Einrichtungen zur Zusammenarbeit in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten, Aufgaben des Bundeskriminalamtes

Vorbemerkungen	397	
§ 1	Zentrale Einrichtungen zur Zusammenarbeit in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten	398
§ 2	Zentralstelle	405
§ 3	Internationale Zusammenarbeit	423
§ 4	Strafverfolgung	430
§ 5	Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus	441
§ 6	Schutz von Mitgliedern der Verfassungsorgane und der Leitung des Bundeskriminalamtes	448
§ 7	Zeugenschutz	451
§ 8	Sicherung des Bundeskriminalamtes, behördlicher Eigenschutz	456

Abschnitt 2. Allgemeine Befugnisse zur Datenverarbeitung

Vorbemerkungen	457
----------------	-----

Unterabschnitt 1. Datenerhebung

§ 9	Allgemeine Datenerhebung durch und Datenübermittlung an das Bundeskriminalamt	458
§ 10	Bestandsdatenauskunft	472
§ 11	Aufzeichnung eingehender Telefonanrufe	480

Unterabschnitt 2. Weiterverarbeitung von Daten

§ 12	Zweckbindung, Grundsatz der hypothetischen Datenneuerhebung	483
§ 13	Informationssystem des Bundeskriminalamtes	488
§ 14	Kennzeichnung	490
§ 15	Regelung von Zugriffsberechtigungen	493
§ 16	Datenweiterverarbeitung im Informationssystem	495
§ 17	Projektbezogene gemeinsame Dateien	509
§ 18	Daten zu Verurteilten, Beschuldigten, Tatverdächtigen und sonstigen Anlasspersonen	516
§ 19	Daten zu anderen Personen	530
§ 20	Verordnungsermächtigung	536
§ 21	Weiterverarbeitung für die wissenschaftliche Forschung	539
§ 22	Weiterverarbeitung von Daten zur Aus- und Fortbildung, zu statistischen Zwecken und zur Vorgangsverwaltung	544
§ 23	Elektronische Aktenführung	545
§ 24	Speicherung von DNA-Identifizierungsmustern zur Erkennung von DNA-Trugspuren	548

Unterabschnitt 3. Datenübermittlung

§ 25	Datenübermittlung im innerstaatlichen Bereich	552
§ 26	Datenübermittlung an Mitgliedstaaten der Europäischen Union	565
§ 27	Datenübermittlung im internationalen Bereich	571
§ 28	Übermittlungsverbote und Verweigerungsgründe	583

Abschnitt 3. Zentralstelle

§ 29	Polizeilicher Informationsverbund, Verordnungsermächtigung	590
§ 30	Verbundrelevanz	599
§ 31	Datenschutzrechtliche Verantwortung im polizeilichen Informationsverbund	603
§ 32	Unterrichtung der Zentralstelle	605
§ 33	Ausschreibungen bei der Zusammenarbeit im internationalen Bereich	609

Abschnitt 4. Befugnisse im Rahmen der Strafverfolgung

§ 34	Einsatz technischer Mittel zur Eigensicherung	618
§ 35	Unterstützung der Polizeibehörden der Länder bei der Strafverfolgung	626
§ 36	Koordinierung bei der Strafverfolgung	627
§ 37	Amtshandlungen, Unterstützungspflichten der Länder	631

Abschnitt 5. Befugnisse zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus

§ 38	Allgemeine Befugnisse	634
§ 39	Erhebung personenbezogener Daten	639
§ 40	Bestandsdatenauskunft	641
§ 41	Befragung und Auskunftspflicht	644
§ 42	Identitätsfeststellung und Prüfung von Berechtigungsscheinen	646
§ 43	Erkennungsdienstliche Maßnahmen	648
§ 44	Vorladung	649
§ 45	Besondere Mittel der Datenerhebung	650
§ 46	Besondere Bestimmungen über den Einsatz technischer Mittel in oder aus Wohnungen	660
§ 47	Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung oder gezielten Kontrolle	668
§ 48	Rasterfahndung	671
§ 49	Verdeckter Eingriff in informationstechnische Systeme	677
§ 50	Postbeschlagnahme	684
§ 51	Überwachung der Telekommunikation	697
§ 52	Erhebung von Telekommunikationsverkehrsdaten und Nutzungsdaten	705
§ 53	Identifizierung und Lokalisierung von Mobilfunkkarten und -endgeräten	709
§ 54	Platzverweisung	712
§ 55	Aufenthaltsvorgabe und Kontaktverbot	713
§ 56	Elektronische Aufenthaltsüberwachung	718
§ 57	Gewahrsam	722
§ 58	Durchsuchung von Personen	723
§ 59	Durchsuchung von Sachen	725
§ 60	Sicherstellung	726
§ 61	Betreten und Durchsuchen von Wohnungen	728
§ 62	Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen	730

Abschnitt 6. Befugnisse zum Schutz von Mitgliedern der Verfassungsorgane und der Leitung des Bundeskriminalamtes

§ 63	Allgemeine Befugnisse	735
§ 64	Besondere Mittel der Datenerhebung	743
§ 65	Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung oder gezielten Kontrolle	750

Abschnitt 7. Zeugenschutz

§ 66	Befugnisse	750
------	------------	-----

Abschnitt 8. Befugnisse zur Sicherung des Bundeskriminalamtes und zum behördlichen Eigenschutz

§ 67	Befugnisse zur Sicherung des Bundeskriminalamtes	754
§ 68	Sicherheitsüberprüfung	755

Abschnitt 9. Datenschutz und Datensicherheit, Rechte der betroffenen Person

Vorbemerkungen	756
----------------	-----

Unterabschnitt 1. Datenschutzaufsicht

§ 69	Aufgaben und Befugnisse der oder des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	760
------	--	-----

Unterabschnitt 2. Datenschutzbeauftragte oder Datenschutzbeauftragter

§ 70	Benennung der oder des Datenschutzbeauftragten des Bundeskriminalamtes	769
§ 71	Aufgaben der oder des Datenschutzbeauftragten des Bundeskriminalamtes	770

§ 72	Stellung der oder des Datenschutzbeauftragten des Bundeskriminalamtes und Zusammenarbeit mit der oder dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	771
	Unterabschnitt 3. Datenschutzrechtliche Verantwortung für die Tätigkeit der an deutsche Auslandsvertretungen abgeordneten Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamten des Bundeskriminalamtes	
§ 73	Datenschutzrechtliche Verantwortung der Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamten des Bundeskriminalamtes	772
	Unterabschnitt 4. Pflichten des Bundeskriminalamtes	
§ 74	Benachrichtigung bei verdeckten und eingriffsintensiven Maßnahmen	773
§ 75	Benachrichtigung über die Speicherung personenbezogener Daten von Kindern	778
§ 76	Nachträgliche Benachrichtigung über Ausschreibungen zur polizeilichen Beobachtung im Schengener Informationssystem	779
§ 77	Aussonderungsprüffrist; Mitteilung von Lösungsverpflichtungen	784
§ 78	Berichtigung personenbezogener Daten sowie die Einschränkung der Verarbeitung in Akten sowie Vernichtung von Akten	790
§ 79	Löschung von durch Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus oder vergleichbaren Maßnahmen erlangten personenbezogenen Daten	793
§ 80	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	793
§ 81	Protokollierung	794
§ 82	Protokollierung bei verdeckten und eingriffsintensiven Maßnahmen	795
§ 83	Benachrichtigung der oder des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	796
	Unterabschnitt 5. Rechte der betroffenen Person	
§ 84	Rechte der betroffenen Person	797
§ 85	Ausübung der Betroffenenrechte im polizeilichen Informationsverbund sowie bei projektbezogenen gemeinsamen Dateien	798
	Unterabschnitt 6. Schadensersatz	
§ 86	Schadensersatz im polizeilichen Informationsverbund	800
	Abschnitt 10. Schlussvorschriften	
§ 87	Strafvorschriften	801
§ 88	Berichtspflicht gegenüber dem Deutschen Bundestag	803
§ 89	Einschränkung von Grundrechten	804
§ 90	Gerichtliche Zuständigkeit, Verfahren	804
§ 91	Übergangsvorschrift	807
	C. Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz (VwVG)	
Vorbemerkungen	809
	Erster Abschnitt. Vollstreckung wegen Geldforderungen	
§ 1	Vollstreckbare Geldforderungen	813
§ 2	Vollstreckungsschuldner	815
§ 3	Vollstreckungsanordnung	816
§ 4	Vollstreckungsbehörden	818
§ 5	Anzuwendende Vollstreckungsvorschriften	819
§ 5a	Ermittlung des Aufenthaltsorts des Vollstreckungsschuldners	821
§ 5b	Auskunftsrechte der Vollstreckungsbehörde	826
	Zweiter Abschnitt. Erzwingung von Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen	
Vorbemerkungen zu §§ 6–18	827
§ 6	Zulässigkeit des Verwaltungszwanges	830
§ 7	Vollzugsbehörden	832
§ 8	Örtliche Zuständigkeit	834
§ 9	Zwangsmittel	835
§ 10	Ersatzvornahme	838
§ 11	Zwangsgeld	841

§ 12	Unmittelbarer Zwang	844
§ 13	Androhung der Zwangsmittel	845
§ 14	Festsetzung der Zwangsmittel	850
§ 15	Anwendung der Zwangsmittel	852
§ 16	Ersatzzwangshaft	855
§ 17	Vollzug gegen Behörden	856
§ 18	Rechtsmittel	856

Dritter Abschnitt. Kosten

§ 19	Kosten	859
§ 19a	Vollstreckungspauschale, Verordnungsermächtigung	863

Vierter Abschnitt. Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 20	Außerkräftreten früherer Bestimmungen	865
§ 21	Berlin (aufgehoben)	865
§ 22	Inkräfttreten	865

D. Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes (UZwG)

Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften über den unmittelbaren Zwang

§ 1	Rechtliche Grundlagen	867
§ 2	Begriffsbestimmungen	872
§ 3	Einschränkung von Grundrechten	875
§ 4	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	875
§ 5	Hilfeleistung für Verletzte	877
§ 6	Vollzugsbeamte des Bundes	878
§ 7	Handeln auf Anordnung	879

Zweiter Abschnitt. Besondere Vorschriften für Fesselung und den Gebrauch von Schußwaffen und Explosivmitteln

§ 8	Fesselung von Personen	881
§ 9	Zum Gebrauch von Schußwaffen Berechtigte	882
§ 10	Schußwaffengebrauch gegen Personen	883
§ 11	Schußwaffengebrauch im Grenzdienst	887
§ 12	Besondere Vorschriften für den Schußwaffengebrauch	888
§ 13	Androhung	891
§ 14	Explosivmittel	892

Dritter Abschnitt. Schlußvorschriften

§ 15	Notstandsfall	892
§ 16	Beamtenrechtliche Rahmenvorschrift	892
§ 17	Vollzugsbeamte im Land Berlin (gegenstandslos)	893
§ 18	Verwaltungsvorschriften	893
§ 19	Berlin-Klausel (gegenstandslos)	893
§ 20	Inkräfttreten	893

E. Gesetz über das Zollkriminalamt und die Zollfahndungsämter (Zollfahndungsdienstgesetz – ZFdG – Auszug)

Dritter Abschnitt. Präventive Telekommunikations- und Postüberwachung

§ 23a	Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses	895
§ 23b	Gerichtliche Anordnung	905
§ 23c	Durchführungsvorschriften	907
§ 23d	Übermittlungen durch das Zollkriminalamt	912
§ 23e	Verschwiegenheitspflicht	916
§ 23f	(aufgehoben)	917
§ 23g	Erhebung von Verkehrsdaten	917

**F. Gesetz zur Errichtung einer standardisierten zentralen Antiterrordatei
von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten von Bund und Ländern
(Antiterrordateigesetz – ATDG)**

§ 1	Antiterrordatei	921
§ 2	Inhalt der Antiterrordatei und Speicherungspflicht	930
§ 3	Zu speichernde Datenarten	936
§ 4	Beschränkte und verdeckte Speicherung	944
§ 5	Zugriff auf die Daten	946
§ 6	Weitere Verwendung der Daten	952
§ 6a	Erweiterte projektbezogene Datennutzung	955
§ 7	Übermittlung von Erkenntnissen	963
§ 8	Datenschutzrechtliche Verantwortung	964
§ 9	Protokollierung, technische und organisatorische Maßnahmen	965
§ 10	Datenschutzrechtliche Kontrolle, Auskunft an den Betroffenen	967
§ 11	Berichtigung, Löschung und Sperrung von Daten	970
§ 12	Errichtungsanordnung	973
§ 13	Einschränkung von Grundrechten	975

**G. Gesetz zur Errichtung einer standardisierten zentralen Datei von Polizeibehörden
und Nachrichtendiensten von Bund und Ländern zur Bekämpfung des gewaltbezogenen
Rechtsextremismus (Rechtsextremismus-Datei-Gesetz – RED-G)**

Vorbemerkung	977	
§ 1	Datei zur Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus	978
§ 2	Inhalt der Datei und Speicherungspflicht	981
§ 3	Zu speichernde Datenarten	985
§ 4	Beschränkte und verdeckte Speicherung	991
§ 5	Zugriff auf die Daten	992
§ 6	Weitere Verwendung der Daten	993
§ 7	Erweiterte projektbezogene Datennutzung	994
§ 8	Übermittlung von Erkenntnissen	996
§ 9	Datenschutzrechtliche Verantwortung	996
§ 10	Protokollierung, technische und organisatorische Maßnahmen	996
§ 11	Datenschutzrechtliche Kontrolle, Auskunft an den Betroffenen	997
§ 12	Berichtigung, Löschung und Sperrung von Daten	997
§ 13	Errichtungsanordnung	998
§ 14	Einschränkung von Grundrechten	999

H. Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG)

Abschnitt 1. Allgemeines

§ 1	Zweck	1001
§ 2	Aufgaben	1002

Abschnitt 2. Sicherheitsmaßnahmen

§ 3	Allgemeine Befugnisse der Luftsicherheitsbehörde	1003
§ 3a	Flugverbot	1006
§ 4	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	1007
§ 5	Besondere Befugnisse der Luftsicherheitsbehörden	1008
§ 6	Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten	1013
§ 7	Zuverlässigkeitsüberprüfungen	1014
§ 8	Sicherheitsmaßnahmen der Flugplatzbetreiber	1027
§ 9	Sicherungsmaßnahmen der Luftfahrtunternehmen	1034
§ 9a	Sicherheitsmaßnahmen der Beteiligten an der sicheren Lieferkette	1040
§ 10	Zugangsberechtigung	1043
§ 10a	Sicherheitsausrüstung	1046
§ 11	Verbotene Gegenstände	1047
§ 12	Aufgaben und Befugnisse des verantwortlichen Luftfahrzeugführers	1050

Abschnitt 3. Unterstützung und Amtshilfe durch die Streitkräfte

§ 13	Entscheidung der Bundesregierung	1058
§ 14	Einsatzmaßnahmen, Anordnungsbefugnis	1064
§ 15	Sonstige Maßnahmen	1066

Abschnitt 4. Zuständigkeit und Verfahren

§ 16	Zuständigkeiten	1068
§ 16a	Beleihung	1071
§ 17	Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen	1073
§ 17a	Gebühren und Auslagen; Verordnungsermächtigung	1074

Abschnitt 5. Bußgeld- und Strafvorschriften

§ 18	Bußgeldvorschriften	1075
§ 19	Strafvorschriften	1076
§ 20	Bußgeld- und Strafvorschriften zu § 12	1077

Abschnitt 6. Schlussbestimmung

§ 21	Grundrechtseinschränkungen	1078
§ 22	Übergangsregelung	1078

I. Gesetz über den Zugang von Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sowie Nachrichtendiensten zum Visa-Informationssystem (VIS-Zugangsgesetz – VISZG)

Vorbemerkung		1079
§ 1	Unmittelbare Anwendbarkeit	1081
§ 2	Zugangsberechtigte Behörden und zentrale Zugangsstellen	1088
§ 3	Terroristische und sonstige schwerwiegende Straftaten	1089
§ 4	Datenschutzkontrolle	1093
§ 5	Protokollierung	1093
§ 6	Inkrafttreten	1094

J. Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz)

Vorbemerkungen		1095
----------------	--	------

Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften

§ 1	Vereinsfreiheit	1095
§ 2	Begriff des Vereins	1099

Zweiter Abschnitt. Verbot von Vereinen

§ 3	Verbot	1106
§ 4	Ermittlungen	1157
§ 5	Vollzug des Verbots	1166
§ 6	Anfechtung des Verbotsvollzugs	1167
§ 7	Unanfechtbarkeit des Verbots, Eintragung in öffentliche Register	1170
§ 8	Verbot der Bildung von Ersatzorganisationen	1171
§ 9	Kennzeichenverbot	1176

Dritter Abschnitt. Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens verbotener Vereine

§ 10	Vermögensbeschlagnahme	1185
§ 11	Vermögenseinziehung	1193
§ 12	Einziehung von Gegenständen Dritter	1196
§ 13	Abwicklung	1202

Vierter Abschnitt. Sondervorschriften

§ 14	Ausländervereine	1206
§ 15	Ausländische Vereine	1217

§ 16	Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen	1221
§ 17	Wirtschaftsvereinigungen	1225
§ 18	Räumlicher Geltungsbereich von Vereinsverboten	1228

Fünfter Abschnitt. Schlußbestimmungen

§ 19	Rechtsverordnungen	1229
§ 20	Zu widerhandlungen gegen Verbote	1229
§ 21	Zu widerhandlungen gegen Rechtsverordnungen	1244
§§ 22 bis 29	(nicht wiedergegebene Änderungsvorschriften)	1244
§ 30	Aufhebung und Fortgeltung von Rechtsvorschriften	1244
§ 30a	Zuständige Stelle zur Ausführung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014	1246
§ 31	Übergangsregelungen	1250
§ 32	Einschränkung von Grundrechten	1251
§ 33	Inkrafttreten	1251

K. Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG)

Vorbemerkungen	1253
----------------	------

Erster Abschnitt. Zusammenarbeit, Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden

§ 1	Zusammenarbeitspflicht	1254
§ 2	Verfassungsschutzbehörden	1259
§ 3	Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden	1263
§ 4	Begriffsbestimmungen	1263
§ 5	Zuständigkeiten des Bundesamtes für Verfassungsschutz	1288
§ 6	Gegenseitige Unterrichtung der Verfassungsschutzbehörden	1294
§ 7	Weisungsrechte des Bundes	1299

Zweiter Abschnitt. Bundesamt für Verfassungsschutz

§ 8	Befugnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz	1300
§ 8a	Besondere Auskunftsverlangen	1312
§ 8b	Verfahrensregelungen zu besonderen Auskunftsverlangen	1319
§ 8c	Einschränkungen eines Grundrechts	1323
§ 8d	Weitere Auskunftsverlangen	1323
§ 9	Besondere Formen der Datenerhebung	1326
§ 9a	Verdeckte Mitarbeiter	1334
§ 9b	Vertrauensleute	1338
§ 10	Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten	1342
§ 11	Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten von Minderjährigen	1344
§ 12	Berichtigung, Löschung und Verarbeitungseinschränkung personenbezogener Daten in Dateien	1345
§ 13	Verwendung und Berichtigung personenbezogener Daten in Akten	1348
§ 14	Dateianordnungen	1351
§ 15	Auskunft an den Betroffenen	1352
§ 16	Verfassungsschutz durch Aufklärung der Öffentlichkeit	1358

Dritter Abschnitt. Übermittlungsvorschriften

Vorbemerkung	1362	
§ 17	Zulässigkeit von Ersuchen	1363
§ 18	Übermittlung von Informationen an die Verfassungsschutzbehörden	1369
§ 19	Übermittlung personenbezogener Daten durch das Bundesamt für Verfassungsschutz	1380
§ 20	Übermittlung von Informationen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes	1390
§ 21	Übermittlung von Informationen durch die Verfassungsschutzbehörden der Länder an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes	1394

§ 22	Übermittlung von Informationen durch die Staatsanwaltschaften und Polizeien an den Militärischen Abschirmdienst	1395
§ 22a	Projektbezogene gemeinsame Dateien	1395
§ 22b	Errichtung gemeinsamer Dateien mit ausländischen Nachrichtendiensten	1398
§ 22c	Teilnahme an gemeinsamen Dateien mit ausländischen Nachrichtendiensten	1405
§ 23	Übermittlungsverbote	1406
§ 24	Minderjährigenschutz	1408
§ 25	Pflichten des Empfängers	1410
§ 26	Nachberichtspflicht	1411

Vierter Abschnitt. Schlußvorschriften

§ 26a	Unabhängige Datenschutzkontrolle	1412
§ 27	Anwendung des Bundesdatenschutzgesetzes	1418

L. Gesetz über den Bundesnachrichtendienst (BND-Gesetz – BNDG)

Vorbemerkungen	1421
----------------	------

Abschnitt 1. Organisation, Aufgaben und allgemeine Befugnisse des Bundesnachrichtendienstes

§ 1	Organisation und Aufgaben	1425
§ 2	Befugnisse	1439
§ 3	Besondere Auskunftsverlangen	1447
§ 4	Weitere Auskunftsverlangen	1448
§ 5	Besondere Formen der Datenerhebung	1448

Abschnitt 2. Ausland–Ausland–Fernmeldeaufklärung

§ 6	Voraussetzungen für die Verarbeitung von Daten	1455
§ 7	Weitere Verarbeitung der vom Ausland aus erhobenen Daten	1462
§ 8	Pflichten der Anbieter von Telekommunikationsdienstleitungen	1464
§ 9	Anordnung; Unterrichtung	1466
§ 10	Kennzeichnung und Löschung	1470
§ 11	Kernbereichsschutz	1473
§ 12	Eignungsprüfung	1474
§ 13	Kooperation im Rahmen der Ausland–Ausland–Fernmeldeaufklärung	1478
§ 14	Erhebung von Informationen einschließlich personenbezogener Daten im Rahmen einer Kooperation	1482
§ 15	Automatisierte Datenübermittlung; Speicherung; Prüfung	1483
§ 16	Unabhängiges Gremium	1485
§ 17	Mitteilungsverbote	1489
§ 18	Entschädigung	1490

Abschnitt 3. Datenweiterverarbeitung

§ 19	Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten	1490
§ 20	Berichtigung, Löschung und Verarbeitungseinschränkung personenbezogener Daten	1490
§ 21	Dateianordnungen	1491
§ 22	Auskunft an den Betroffenen	1491

Abschnitt 4. Übermittlungen und Gemeinsame Dateien

§ 23	Übermittlung von Informationen an den Bundesnachrichtendienst	1492
§ 24	Übermittlung von Informationen durch den Bundesnachrichtendienst	1493
§ 25	Projektbezogene gemeinsame Dateien mit inländischen öffentlichen Stellen	1497
§ 26	Gemeinsame Dateien mit ausländischen öffentlichen Stellen	1499
§ 27	Führung gemeinsamer Dateien durch den Bundesnachrichtendienst	1502
§ 28	Dateianordnung bei gemeinsamen Dateien	1503
§ 29	Eingabe in und Zugriff auf die vom Bundesnachrichtendienst geführten gemeinsamen Dateien	1505

§ 30	Beteiligung an gemeinsamen Dateien mit ausländischen öffentlichen Stellen	1507
§ 31	Verfahrensregeln für die Übermittlung von Informationen	1508

Abschnitt 5. Gemeinsame Bestimmungen

§ 32	Unabhängige Datenschutzkontrolle	1508
§ 32a	Anwendung des Bundesdatenschutzgesetzes	1508
§ 33	Berichtspflicht	1509

Abschnitt 6. Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 34	Strafvorschriften	1510
§ 35	Bußgeldvorschriften	1511

Abschnitt 7. Schlußvorschriften

§ 36	Übergangsregelung	1512
------	-------------------	------

M. Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst (MAD-Gesetz – MADG)

§ 1	Aufgaben	1513
§ 2	Zuständigkeit in besonderen Fällen	1522
§ 3	Zusammenarbeit mit den Verfassungsschutzbehörden	1524
§ 4	Befugnisse des Militärischen Abschirmdienstes	1527
§ 4a	Besondere Auskunftsverlangen	1532
§ 4b	Weitere Auskunftsverlangen	1535
§ 5	Besondere Formen der Datenerhebung	1536
§ 6	Verwendung und Berichtigung personenbezogener Daten	1539
§ 7	Verwendung personenbezogener Daten von Minderjährigen	1543
§ 8	Dateianordnungen	1544
§ 9	Auskunft an den Betroffenen	1546
§ 10	Übermittlung von Informationen an den Militärischen Abschirmdienst	1548
§ 11	Übermittlung personenbezogener Daten durch den Militärischen Abschirmdienst	1551
§ 12	Verfahrensregeln für die Übermittlung von Informationen	1555
§ 12a	Unabhängige Datenschutzkontrolle	1557
§ 13	Anwendung des Bundesdatenschutzgesetzes	1559
§ 14	Besondere Auslandsverwendungen	1560

N. Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10)

Vorbemerkungen	1567
----------------	------

Abschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1	Gegenstand des Gesetzes	1574
§ 2	Pflichten der Anbieter von Post- und Telekommunikationsdiensten	1581

Abschnitt 2. Beschränkungen in Einzelfällen

Vorbemerkung	1585	
§ 3	Voraussetzungen	1585
§ 3a	Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung	1594
§ 3b	Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen	1598
§ 4	Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungspflichten, Übermittlungen, Zweckbindung	1599

Abschnitt 3. Strategische Beschränkungen

Vorbemerkungen	1606	
§ 5	Voraussetzungen	1608
§ 5a	Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung	1617
§ 6	Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungspflichten, Zweckbindung	1619
§ 7	Übermittlungen durch den Bundesnachrichtendienst	1621

§ 7a	Übermittlungen durch den Bundesnachrichtendienst an ausländische öffentliche Stellen	1626
§ 8	Gefahr für Leib oder Leben einer Person im Ausland	1630

Abschnitt 4. Verfahren

§ 9	Antrag	1634
§ 10	Anordnung	1636
§ 11	Durchführung	1639
§ 12	Mitteilungen an Betroffene	1640
§ 13	Rechtsweg	1651

Abschnitt 5. Kontrolle

§ 14	Parlamentarisches Kontrollgremium	1654
§ 15	G 10-Kommission	1656
§ 16	Parlamentarische Kontrolle in den Ländern	1668

Abschnitt 6. Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 17	Mitteilungsverbote	1669
§ 18	Straftaten	1670
§ 19	Ordnungswidrigkeiten	1671

Abschnitt 7. Schlussvorschriften

§ 20	Entschädigung	1672
§ 21	Einschränkung von Grundrechten	1674

O. Gesetz über die Verarbeitung von Fluggastdaten zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/681 (Fluggastdatengesetz – FlugDaG)

Vorbemerkungen	1675
----------------	------

Abschnitt 1. Fluggastdatenzentralstelle und Zweck des Fluggastdaten-Informationssystems

§ 1	Fluggastdatenzentralstelle und Zweck des Fluggastdaten-Informationssystems	1676
-----	--	------

Abschnitt 2. Übermittlung von Fluggastdaten an die Fluggastdatenzentralstelle

§ 2	Datenübermittlung durch Luftfahrtunternehmen	1678
§ 3	Datenübermittlung der durch andere Unternehmen erhobenen Fluggastdaten	1680

Abschnitt 3. Verarbeitung von Fluggastdaten durch die Fluggastdatenzentralstelle

§ 4	Voraussetzungen für die Datenverarbeitung	1681
§ 5	Depersonalisierung von Daten	1683

Abschnitt 4. Übermittlung von Fluggastdaten durch die Fluggastdatenzentralstelle

Vorbemerkungen	1684	
§ 6	Datenübermittlung an die zuständigen Behörden im Inland	1685
§ 7	Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	1686
§ 8	Teilnahme an gemeinsamen Verfahren der Zusammenarbeit	1688
§ 9	Datenübermittlung an Europol	1688
§ 10	Datenübermittlung an Drittstaaten	1688

Abschnitt 5. Datenschutzrechtliche Bestimmungen

§ 11	Nationale Kontrollstelle	1689
§ 12	Die oder der Datenschutzbeauftragte der Fluggastdatenzentralstelle	1690
§ 13	Löschung von Daten	1690
§ 14	Protokollierung	1691
§ 15	Dokumentationspflicht	1691

Abschnitt 6. Geltung des Bundeskriminalamtgesetzes

§ 16	Geltung des Bundeskriminalamtgesetzes	1692
------	---------------------------------------	------

Abschnitt 7. Schlussvorschriften

§ 17	Gerichtliche Zuständigkeit, Verfahren	1692
§ 18	Bußgeldvorschriften	1693

P. Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes (Kontrollgremiengesetz – PKGrG)

Vorbemerkungen	1695	
§ 1	Kontrollrahmen	1696
§ 2	Mitgliedschaft	1697
§ 3	Zusammentritt	1701
§ 4	Pflicht der Bundesregierung zur Unterrichtung	1702
§ 5	Befugnisse des Kontrollgremiums, Amtshilfe	1705
§ 5a	Ständiger Bevollmächtigter	1708
§ 5b	Ernennung und Rechtsstellung	1709
§ 6	Umfang der Unterrichtungspflicht, Verweigerung der Unterrichtung	1712
§ 7	Beauftragung eines Sachverständigen	1717
§ 8	Eingaben	1720
§ 9	Mitberatung	1721
§ 10	Geheime Beratungen, Bewertungen, Sondervoten	1722
§ 11	Unterstützung der Mitglieder durch eigene Mitarbeiter	1725
§ 12	Beschäftigte des Kontrollgremiums	1727
§ 12a	Amtsbezüge der oder des Ständigen Bevollmächtigten	1728
§ 13	Berichterstattung	1729
§ 14	Gerichtliche Zuständigkeit	1730

Q. Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-Gesetz – BSIg)

§ 1	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	1733
§ 2	Begriffsbestimmungen	1735
§ 3	Aufgaben des Bundesamtes	1739
§ 4	Zentrale Meldestelle für die Sicherheit in der Informationstechnik des Bundes	1743
§ 5	Abwehr von Schadprogrammen und Gefahren für die Kommunikationstechnik des Bundes	1745
§ 5a	Wiederherstellung der Sicherheit oder Funktionsfähigkeit informationstechnischer Systeme in herausgehobenen Fällen	1757
§ 6	Löschung	1761
§ 7	Warnungen	1762
§ 7a	Untersuchung der Sicherheit in der Informationstechnik	1764
§ 8	Vorgaben des Bundesamtes	1765
§ 8a	Sicherheit in der Informationstechnik Kritischer Infrastrukturen	1767
§ 8b	Zentrale Stelle für die Sicherheit in der Informationstechnik Kritischer Infrastrukturen	1770
§ 8c	Besondere Anforderungen an Anbieter digitaler Dienste	1773
§ 8d	Anwendungsbereich	1775
§ 8e	Auskunftsverlangen	1777
§ 9	Zertifizierung	1778
§ 10	Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen	1782
§ 11	Einschränkung von Grundrechten	1784
§ 12	Rat der IT-Beauftragten der Bundesregierung	1784
§ 13	Berichtspflichten	1785
§ 14	Bußgeldvorschriften	1786
§ 15	Anwendbarkeit der Vorschriften für Anbieter digitaler Dienste	1787

R. Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes und den Schutz von Verschlusssachen (Sicherheitsprüfungsgesetz - SÜG)

Vorbemerkungen 1789

Erster Abschnitt Allgemeine Vorschriften

§ 1	Zweck und Anwendungsbereich des Gesetzes	1805
§ 2	Betroffener Personenkreis	1815
§ 3	Zuständigkeit	1823
§ 3a	Geheimenschutzbeauftragte, Sabotageschutzbeauftragte	1828
§ 4	Allgemeine Grundsätze zum Schutz von Verschlusssachen, Mitwirkung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik	1829
§ 5	Sicherheitsrisiken, sicherheitserhebliche Erkenntnisse	1835
§ 6	Rechte der betroffenen Person und der mitbetroffenen Person	1846

Zweiter Abschnitt Überprüfungsarten und Durchführungsmaßnahmen

§ 7	Arten der Sicherheitsüberprüfung	1852
§ 8	Einfache Sicherheitsüberprüfung	1854
§ 9	Erweiterte Sicherheitsüberprüfung	1856
§ 10	Erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen	1858
§ 11	Datenerhebung	1860
§ 12	Maßnahmen bei den einzelnen Überprüfungsarten, Überprüfungszeitraum	1864

Dritter Abschnitt Verfahren

§ 13	Sicherheitserklärung	1876
§ 14	Abschluß der Sicherheitsüberprüfung	1882
§ 15	Vorläufige Zuweisung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit	1887
§ 15a	Unterrichtung durch die personalverwaltende Stelle	1888
§ 16	Sicherheitsrelevante Erkenntnisse nach Abschluß der Sicherheitsüberprüfung	1889
§ 17	Aktualisierung und Wiederholungsüberprüfung	1891

Vierter Abschnitt Akten über die Sicherheitsüberprüfung; Datenverarbeitung

§ 18	Sicherheitsakte und Sicherheitsüberprüfungsakte	1893
§ 19	Aufbewahrung und Vernichtung der Unterlagen	1899
§ 20	Speichern, Verändern und Nutzen personenbezogener Daten in Dateien	1902
§ 21	Übermittlung und Zweckbindung	1903
§ 22	Berichtigen, Löschen und Sperren personenbezogener Daten	1910
§ 23	Auskunft über gespeicherte personenbezogene Daten	1915

Fünfter Abschnitt Sonderregelungen für den nichtöffentlichen Bereich

§ 24	Anwendungsbereich	1921
§ 25	Zuständigkeit	1923
§ 26	Sicherheitserklärung	1924
§ 27	Abschluß der Sicherheitsüberprüfung, Weitergabe sicherheitserheblicher Erkenntnisse	1925
§ 28	Aktualisierung	1927
§ 29	Übermittlung von Informationen über persönliche und arbeitsrechtliche Verhältnisse	1929
§ 30	Sicherheitsakte der nichtöffentlichen Stelle	1930
§ 31	Datenverarbeitung in automatisierten Dateien	1931

Sechster Abschnitt Reisebeschränkungen, Sicherheitsüberprüfungen auf Antrag ausländischer Dienststellen und Schlußvorschriften

§ 32	Reisebeschränkungen	1932
§ 33	Sicherheitsüberprüfung auf Antrag ausländischer Dienststellen	1935
§ 34	Verordnungsermächtigung	1938
§ 35	Allgemeine Verwaltungsvorschriften	1939

§ 36	Anwendung des Bundesdatenschutzgesetzes, Bundesverfassungsschutzgesetzes, MAD-Gesetzes und BND-Gesetzes	1940
§ 36a	Unabhängige Datenschutzkontrolle	1941
§ 37	Strafvorschriften	1942
§ 38	Übergangsregelung	1947
§ 38a	(aufgehoben)	1947
§ 39	Inkrafttreten	1947

S. Gesetz zur Anwendung der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (Europol-Gesetz)

Vorbemerkungen	1949	
§ 1	Zuständigkeiten und Aufgaben	1953
§ 2	Gemeinsame Vorschriften für die Informationsverarbeitung im Zusammenhang mit Europol	1957
§ 3	Informationsverarbeitung bei Europol zu Zwecken des Abgleichs und der Analyse	1961
§ 4	Anwendung anderer Vorschriften	1963
§ 5	Datenschutzkontrolle und Haftung	1963
§ 6	Verwaltungsrat	1966
Sachverzeichnis	1967	